

fähiges Ziel der Tarifpolitik wie der Gesetzgeber sein. Sie müssen es sogar, sofern der Ruf nach Überwindung der Arbeitslosigkeit glaubhaft bleiben soll.

Detlef Hensche

Gedenkstätten- dialektik

Es wird noch immer falsch gedacht im längst wiedervereinigten Deutschland. Deshalb setzt sich die christliche Union für ein richtiges Gedenken ein. Einerseits: „Das Nationalsozialistische Regime hat mit dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden ein singuläres Verbrechen begangen, das immer ein spezielles Gedenken erfordern wird.“ Jedoch andererseits: „Beide deutsche Diktaturen waren von einer Gewaltherrschaft geprägt, die sich in der systematischen Verfolgung und Unterdrückung ganzer Bevölkerungsgruppen manifestiert hat.“

Der erste Satz mit dem ganz Speziellen ist das Feigenblatt, das der sehr ehemalige Bürgerrechtler und nunmehrige CDU-Abgeordnete Günter Nooke im Bundestag seiner Beschlussvorlage „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland“ nachträglich applizierte, nachdem zuvor die nackte erste Fassung Bestürzung hervorgerufen hatte – weniger bei den Deutschdeutschen im Inland, aber doch immer noch bei den Erinnerungsfähigen im Ausland.¹ Der allzu auffällige Hinweis auf die vorbildliche sächsische Gedenkkultur – zahlreiche Verfolgtenorganisationen hatten protestiert – verschwand vorsichtshalber nach dem neuesten Skandal um das so genannte Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden. Das

ist CDU-Dialektik – die doch wieder nur bei der bewährten Nolte-Weisheit enden wird, dass Stalin Auschwitz erfunden hat.

Die so sanft überarbeitete Beschlussvorlage wurde zu einem Termin angesetzt, der das neu eingefügte „spezielle Gedenken“ wieder gutmacht: Am 17. Juni beriet der Deutsche Bundestag die Erinnerungskultur. Ein denkwürdiger Termin. Doch ahnungslos trat die PDS-Abgeordnete Gesine Lötzsch von ihrer Hinterstbank ans Mikrofon und glaubte sagen zu können: „Dr. Jan Munk, Direktor der Gedenkstätte Theresienstadt und Vorsitzender der Föderation der Jüdischen Gemeinde in der Tschechischen Republik, schrieb mir, dass die Umsetzung dieses Antrages ‚auch in den Nachbarländern und anderswo in der Welt ... Besorgnis hervorrufen könnte.‘“ Da traf diese Fürsprecherin tschechischer Juden wie ein Blitz der Zwischenruf der Volksvertreterin aus dem Wahlkreis Bautzen, Maria Michalk, die dort schon seit 1972 der CDU angehört. Sie rief: „Dass Sie sich nicht schämen – am 17. Juni!“²

Es ist wahr. Nichts zeigt deutlicher, welch guten Sinn die vom CDU-Antrag beabsichtigte Gleichsetzung der beiden totalitären Diktaturen in Deutschland macht. Nichts kann den antitotalitären Konsens des deutschen Volkes besser dokumentieren. Der große Volksaufstand des 17. Juni 1953, an dem sich der durch Normerhöhungen eingeschränkte Freiheitswille der Bürger Bahn brach, war doch nur ein Spiegelbild jener mächtigen Erhebung, die sich vollzog, als der Nazi-Propagandist Joseph Goebbels nach der Niederlage von Stalingrad im Sportpalast fragte: „Wollt Ihr den totalen Krieg?“. Ein tausendfaches Nein schallte ihm entgegen. Das Volk stand auf und ein Sturm brach los in ganz Deutschland. Die Nazis

1 Vgl. Rolf Surmann, *Konstruierte Geschichte*, in: „Blätter“, 3/2004, S. 273-276, sowie die Dokumentation des ersten Antrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in: ebd., S. 380-384.

2 Vgl. Debattenwortlaut unter www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/pp/114/index.html.

mussten sich in ihre Lächer verkrühen, bis die Panzer des Regimes den Volksaufstand blutig unterdrückt hatten. Doch die Deutschen hatten gezeigt, dass sie den Vernichtungskrieg im Osten nicht länger mitmachen wollten. Gut, dass Maria Michalk an das erinnerte, was so viele vergessen haben.

So gesehen entspricht Günter Nooke mit dem von ihm eingebrachten CDU/CSU-Antrag exakt der geschichtlichen Wahrheit. Zu Recht verwahrt er sich gegen den Vorwurf einer simplen Gleichsetzung. Das beabsichtigt er nicht. Zwar spricht er grundsätzlich von „den beiden Diktaturen auf deutschem Boden“. Aber nicht völlig undifferenziert. Einmal formuliert er, die „nationalsozialistische Herrschaft und die kommunistische Diktatur“ seien „Kapitel unserer Nationalgeschichte“. Damit deutet er die vorhandenen Unterschiede zwischen den beiden Spielarten des Totalitarismus an: „Herrschaft“ kann durchaus legitim sei, „Diktatur“ aber ist es nimmermehr.

Und damit nichts vergessen werden kann, vor allem dies nicht, dass die Deutschen die eigentlichen Opfer des allumfassenden Totalitarismus sind – Churchill und Beneš waren nicht besser als Stalin und Hitler –, fordert die CDU/CSU gleich noch drei weitere Erinnerungsorte: für die „Opfer von Krieg und Vertreibung“, für die „zivilen Opfer der Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges“ und für die „friedliche Revolution und Wiederherstellung der deutschen Einheit“.

Es ist tatsächlich Zeit, an die „ungezählten Opfer der beiden Diktaturen“ zu erinnern, wobei Nooke sich zu Recht in der Debatte am 17. Juni gegen „unhaltbare Vorstellungen“ verwahren konnte: „In unserem Antrag werden auch keine Opfergruppen vermischt.“ Es findet sich in der Tat dort keine einzige Textstelle, in der die sechs Millionen Toten an Honeckers Mauer mit den 300 in Himmlers Vernichtungslagern umgebrachten Juden gleichgesetzt werden.

So gesehen ist das Gedenken an die Opfer der Nazis überfinanziert. Darum will Nookes CDU-Antrag („Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“) eine Umverteilung der Finanzmittel des Bundes zugunsten der „Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

Gleichwohl verwahrte sich Nooke bei der Bundestagsdebatte im Reichstag gegen eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaften der KZ-Gedenkstätten, die seinen Antrag als „erinnerungspolitischen Paradigmenwechsel“ kritisiert hatte. Davon, sagte der CDU-Mann, könne keine Rede sein. Vielmehr müssen sich diejenigen, die solche Vorwürfe erheben, fragen lassen, ob sie gar kein Interesse hätten „am alten gemeinsamen Paradigma“.

Gut gegeben. Das alte gemeinsame Paradigma – in Nookes Fraktion kennt man es sehr gut.

Deutsche Erinnerungskultur

Aber es ist im Grunde die alte Dialektik deutscher Erinnerungskultur. Als am Heiligabend 1959 die gerade neu errichtete Synagoge in Köln mit Leitsätzen („Deutsche fordern: Juden raus“) und Hakenkreuzen beschmiert wurde, klagte einerseits der NS-Rundfunkpropagandist und spätere CDU-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger in der dafür zuständigen „Woche der Brüderlichkeit“, dass „die Menschen die Vergangenheit mit ihren grausamen Massenmorden aus dem Bewusstsein verdrängen wollten“. Franz-Josef Strauß andererseits klärte aufgrund von Ermittlungen von Hitlers und Adenauers Spionagegeneral Gehlen darüber auf, dass die antisemitischen Schmiereien Anfang 1959 auf einer ZK-Sitzung der SED beschlossen worden seien. Leicht variiert nahm 1993 Report München mit manipulierten „Dokumenten“ diese vorteilhafte Geschichte wieder

ins ARD-Programm. Eine Fälschung, an der in der Sendung – und daran sieht man, wie dumm Antisemitismus gerade auch im Sinne seiner Verfechter ist – der Bundeswehrdozent und Folterspezialist Michael Wolffsohn maßgeblich beteiligt war.³

So gesehen ist der Gedenkstättenantrag der CDU kein Paradigmenwechsel für diese große Volkspartei. Wohl aber für die kleine Schar der KZ-Gedenkstättenleute.

Wie auch immer. Am Morgen der Debatte vom 17. Juni 2004 hatte sich „Die Welt“ auch an jenen wortgewaltigen Propheten der deutschen Opfer gewandt, der die geschichtliche Wahrheit verwaltet. Das Blatt fragte Jörg Friedrich, Autor von „Der Brand“⁴, ob nun „ein erinnerungspolitischer Paradigmenwechsel“ anstehe – mit „stärkerem Fokus auf die Verbrechen des Stalinitismus und des Kommunismus“. Und ob das eine „Gefahr – oder eher eine Chance“ sei?

Friedrich im Vollbesitz: „Ist die geschichtliche Wahrheit eine Gefahr oder eine Chance? Hängt es davon ab, ob wir die geschichtliche Wahrheit aussprechen sollen oder nicht?“

Nimmermehr. Er jubelt: „Seit die ehemaligen Siegermächte keine Schutzmächtchen mehr darstellen, lockern sich die Zungen.“ Und droht: „Damit erweitert sich natürlich das Geschichtsbild – und es kommen Themen zur Sprache, die in den vergangenen Jahrzehnten um des Friedens und der Versöhnung willen verschwiegen wurden.“

Bisher waren all diese Themen im Untergrund, jetzt ist Schluss mit dem faulen Frieden: „All das kommt nun an die Oberfläche.“ Es gab eine Zeit, in der die Deutschen nicht sprechen durften, sie wussten warum, der Apostel *Germaniae* spricht es aus: „Aus wohl erwogenen Gründen sind diese Erfahrungen vieler Deutscher in ihren Schädeln ver-

siegelt gewesen, aber nicht vergessen. Diese temporären Rücksichten, den Kontinent wieder zu befrieden, gelten unmöglich für alle Zeit.“

Der Paradigmenwechsel ist da: „Die Geschichte kommt – wie die Knochen von Verscharrten – irgendwann an die Oberfläche. Lässt sich das zensieren? Diese Zeiten sind doch vorbei.“

Jörg Friedrich hat recht: Deutschland ist aufgewacht, abermals.

Otto Köhler

Volksbefragung als Gründungsakt

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) litten aufgrund nationaler Selbstbefangenheit an europapolitischer Themenarmut. Daher kam vielen Politikern die Debatte über eine Volksabstimmung zur ausgearbeiteten, aber noch nicht ratifizierten europäischen Verfassung gerade recht. Bedauerlich für die viel beschworene Demokratiefrage der Europäischen Union (EU) ist allerdings, dass die plakative Zuspitzung auf ein Ja oder Nein zu einer Verfassung völlig unangemessen erscheint. Denn: Eine Volksabstimmung ist eine höchst bedeutsame Form demokratischer Legitimation und Partizipation; sie beansprucht und symbolisiert wie kein anderes demokratisches Verfahren die republikanische Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger und muss als Grundsatzdebatte über die Demokratie und die Staatsziele behandelt werden. Die Debatte um ihre Angemessenheit im simplen Schema eines auch noch parteipolitisch okkupierten „dafür“ oder „dagegen“ verunglimpft die demokratische Bedeutung, die eine solch anspruchsvolle Willensäußerung des Souveräns hat.

3 Vgl. Otto Köhler, *Hitler ging, sie blieben*. Hamburg 1996, S. 60-66.

4 Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*, München 2002.